

## DAS THEMA

# „Befristungsunwesen“ an den Hochschulen

Susanne Hennig und Torsten Wolf zu Analysen über die Situation der Beschäftigten

Die Ergebnisse einer Online-Befragung der Thüringer Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den Arbeitsbedingungen und den Umfang der Lehraufgaben von Beschäftigten aus allen Hochschulen sowie einigen Forschungseinrichtungen in Thüringen und die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion zu den Beschäftigungsverhältnissen an Hochschulen standen jetzt im Mittelpunkt eines gemeinsamen Pressegesprächs.

Torsten Wolf, GEW-Landesvorsitzender, und Susanne Hennig, Bildungspolitikerin der Fraktion DIE LINKE, machten anhand der vorliegenden Zahlen und Fakten die untragbare Situation deutlich.

Besonders die Beschäftigten unter 35 Jahren sind von den schlechten Arbeitsbedingungen betroffen. 94 Prozent von ihnen sind befristet, häufig nur zwei bis drei Semester, eingestellt. Hinzu kommt, dass auch der Anteil an Teilzeit mit Umfängen von weniger als 60 Prozent fast dreimal so hoch ist wie der Anteil der älteren Beschäftigten. „Das verhindert eine abgesicherte berufliche Perspektive gerade im Berufseinstieg und hat gravierende Folgen vor allem für Frauen und bei der Familienplanung“, so Torsten Wolf, der unterstrich: „Das Befristungsunwesen an den Thüringer Hochschulen ist ein

großes.“ Entsprechend gering fällt nach den Ergebnissen der Befragung die Zufriedenheit mit der Thüringer Hochschulpolitik aus. 74 Prozent gaben an, unzufrieden oder sehr unzufrieden damit zu sein. „Die unzureichende Finanzierung der Hochschulen in Thüringen wird auf dem Rücken der Beschäftigten und damit zulasten von Forschung und Lehre ausgetragen“, betonte Susanne Hennig.

Und der GEW-Chef lenkte den Blick insbesondere auf die Personalstrukturentwicklung unterhalb der Professorebene:

„Die Fokussierung auf Junior- und Assistenzprofessuren, wie bei der geplanten Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes, reicht da nicht aus. Das unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnis muss an den

Hochschulen der Normalfall sein – Dauerstellen für Daueraufgaben“, forderte Torsten Wolf.

Exemplarisch für die Situation der studentischen Beschäftigten verwies Susanne Hennig auf die Friedrich-Schiller-Universität Jena mit 490 Stellen für wissenschaftliche Hilfskräfte und 940 für studentische Hilfskräfte. „Sie erbringen durchschnittlich über ein Viertel aller Arbeitsstunden an der

Hochschule – jedoch zu prekären Bedingungen. Hinzu kommt, dass die studentischen Beschäftigten fast ausschließlich befristete Verträge von unter einem Jahr erhalten, und das obwohl sie zum Teil den Wissenschaftsbetrieb aufrecht erhalten.“

Die LINKE Bildungspolitikerin machte beim Pressegespräch darauf aufmerksam, dass die Linksfraktion die Große Anfrage zu den Beschäftigungsverhältnissen an Thüringer Hochschulen im Frühjahr im Landtag beraten lassen wird sowie eine breite Anhörung im Bildungsausschuss dazu anstrebt. Dies sei auch notwendig vor dem Hintergrund, dass zum Ende des Jahres dem Landtag die Struktur- und Entwicklungspläne der Hochschulen vorgelegt werden sollen.

Torsten Wolf, der gegenüber den Journalisten die Forderung nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer und den vollständigen Einsatz der Einnahmen zugunsten der Ausfinanzierung aller Bildungsbereiche hervorgehoben hatte, kündigte an, dass zur 21. GEW-Landeshochschulkonferenz, die am 13. April an der Bauhaus-Universität Weimar stattfindet, weitere detaillierte Auswertungen der Online-Befragung vorgestellt werden. A. Rudolph ■



## LINKE Diskussion: Wie weiter mit der Thüringer Gemeinschaftsschule?

Mit ihrem alternativen Schulgesetz aus dem Jahr aus dem Jahr 2008 hat DIE LINKE die Forderung nach dem gemeinsamen Lernen bis zur Klasse 10 juristisch umgesetzt. In der Koalition von CDU und SPD nach der Landtagswahl 2009 wurde im Freistaat eine neue – allerdings zusätzliche – Schulform etabliert: Die Gemeinschaftsschule, in der vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur jeder Schulabschluss möglich ist.

Aus diesem Grund stand die Fraktionssitzung der LINKEN am 30. Januar unter dem bildungspolitischen Thema „Zum weiteren Umgang mit der Thüringer Gemeinschaftsschule“. Die Arbeitsgemeinschaft „Bildungskonzept“ der Fraktion hatte zu dieser thematischen Sitzung, die übrigens auch im Livestream auf der Internetseite übertragen wurde, eingeladen.

In Hinblick auf das längere gemeinsame Lernen, dem längeren gemeinsamen Unterricht, kann festgehalten werden, dass Thüringen mit der Einführung der Gemeinschaftsschule bereits erste Schritte gegangen ist. So verpflichtet sich jede Gemeinschaftsschule mit einem obligatorischen pädagogischen Konzept zur individuellen Förderung, jahrgangsspezifischen und jahrgangsübergreifendem Unterricht, dem Lernen in differenzierten Kursen und dem Prinzip „Keinen zurücklassen, alle

fördern“. Darüber hinaus wurde ebenfalls das Sitzenbleiben in Gemeinschaftsschulen, in weiten Teilen auch an den anderen Schulformen in Thüringen, abgeschafft.

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag hat sich deshalb dafür ausgesprochen, die Gemeinschaftsschule als die reguläre Schulform in Thüringen einzuführen. Betrachtet man nämlich die Schullandschaft im Freistaat so sucht man in einigen Kreisen vergeblich nach solch einer Gemeinschaftsschule.

Da stellt man sich doch die Frage: Warum haben bisher so wenige Schulen die Möglichkeit genutzt, Thüringer Gemeinschaftsschule zu werden? Längeres gemeinsames Lernen ist nach Umfragen für weite Teile der Bevölkerung doch sehr attraktiv.

Der Grund hierfür liegt vor allem in der „halbherzigen“ Umsetzung durch die SPD in Thüringen. Die Gemeinschaftsschule ist als eine zusätzliche Schulform eingeführt worden. Dies bedeutet, dass die Thüringer Gemeinschaftsschule das bestehende gegliederte Schulsystem nur noch weiter „zerstückelt“ hat.

Lediglich 24 Schulen haben sich bis zum Schuljahr 2012/2013 dazu entschieden, Thüringer Gemeinschaftsschule zu werden – bei 1.020 Schulen im Freistaat eine verschwindend geringe Zahl. Darüber hinaus sind viele Be-

teiligte verunsichert. Sie haben Angst, dass die Thüringer Gemeinschaftsschule nur ein Modellprojekt bleibt, welches nach einer gewissen Zeit wieder verschwindet. Jedoch wird vom zuständigen Minister kein Schritt unternommen, solche Zweifel auszuräumen. Politik muss diesen Befürchtungen aber entgegenreten. Der eingeschlagene Weg muss konsequent weiter verfolgt und darf nicht auf halber Strecke abgebrochen werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE für einen kontinuierlichen Ausbau der Gemeinschaftsschule in Thüringen ein.

Dies funktioniert natürlich nicht ohne zusätzliche Investitionen, denn verschiedene Problemlagen müssen berücksichtigt werden. Zum einen müssen die personellen und sächlichen Rahmenbedingungen für ein längeres gemeinsames – und vor allem inklusives – Lernen geschaffen werden.

Dazu zählt vor allem, sowohl die Zahl der Thüringer Lehrerinnen und Lehrer auf einem konstanten Niveau zu halten, als auch die Situation an den Schulorten und im Ganztagsbetrieb so auszugestalten, dass eine inklusive Betreuung ermöglicht werden kann. Das außerschulische Betreuungsangebot an unseren Ganztagschulen darf unter keinen Umständen auf eine reine „Nachmittagsbetreuung“ reduziert werden. Auch die Probleme im ländlichen Raum dürfen nicht außer acht ge-

lassen werden. Hier ist insbesondere auf kleine Dorfschulen hinzuweisen. Die täglichen und jetzt schon teilweise langen Schulbusfahrten sind ebenfalls ein Problem, welches bei Schulen mit mehreren Standorten nicht vergessen werden darf.

Resümierend kann festgehalten werden, dass DIE LINKE den Anspruch verfolgt: Bildung gehört in eine Hand und Schule darf sich nicht zu sehr aus dem ländlichen Raum entfernen.

Das Konzept der eigenverantwortlichen Schule ist als eine Möglichkeit in der Fraktionssitzung diskutiert worden. Dieses Konzept beinhaltet eine Bildungslandschaft in Thüringen mit einer selbstverwalteten öffentlichen Schule. Um dies umsetzen zu können, werden einige Umstellungen der Lehrerbildung als zwingend notwendig erachtet. So muss Thüringen weg von einer schulartenbezogenen und hin zu einer schulstufenbezogenen Ausbildung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern.

Dies ist ein hoher Anspruch an zukünftige Bildungspolitik in Thüringen, der auch nicht innerhalb kürzester Zeit umgesetzt werden kann. Mindestens 12 Jahre werden hierfür nötig sein. Dies entspricht dann genau der Länge einer Schullaufbahn.

Marcel Langner